



Am 30. Juli 1921 wurde Südafrikas KP gegründet. Nach Erfolgen im Kampf gegen Kolonialismus und Apartheid geht es heute darum, mit dem ANC ein Gegengewicht zu Neoliberalen zu bilden. Von Christian Selz, Kapstadt

SEITEN 12/13

1.000 Abo für die Pressefreiheit! Bestellen unter jungewelt.de/abo

GEGRÜNDET 1947 · FREITAG, 30. JULI 2021, NR. 174 · 1,90 EURO (DE), 2,10 EURO (AT), 2,60 CHF (CH) · PVST A11002 · ENTGELT BEZAHLT

WWW.JUNGEWELT.DE

Nachhilfe aus Beijing

China pocht angesichts aggressiver Diplomatie auf Gleichbehandlung in Beziehungen zu USA

3

Projekt zur Propaganda

NRW: Mutmaßliche Gründer des neonazistischen »Goyim«-Netzwerks stehen vor Gericht

4

Knall im Park

Explosion in Leverkusen offenbart Gefahren durch Produktion und Entsorgung chemischer Stoffe

5

Verhütung mit Folgen

Befreiung und Abschiebung von Verantwortung: Vor 60 Jahren kam die Pille auf den Markt

15

Frischer Wind in Lima

Vereidigung des neuen Präsidenten von Peru: Pedro Castillo kritisiert Ungerechtigkeiten und kündigt Reformen an. **Von Quincy Stemmler**

Am Mittwoch (Ortszeit), auf den Tag genau 200 Jahre nach der Unabhängigkeitserklärung von Peru, ist Pedro Castillo als neuer Präsident des südamerikanischen Landes eingeschworen worden. Der Amtsantritt eines Linken als Staatsoberhaupt stellt einen historischen Bruch in den zwei Jahrhunderten postkolonialer Geschichte des Andenstaats dar. Für viele marginalisierte Bevölkerungsgruppen ist Castillo ein Hoffnungsträger, doch angesichts einer verheerenden Pandemiebilanz sowie einer jahrelangen politischen Krise erwartet den bisherigen Grundschullehrer und Gewerkschaftsführer der Partei »Freies Peru« eine schwierige Amtszeit.

»Dieses Mal ist eine Regierung aus dem Volk gekommen, um für das Volk und mit dem Volk zu regieren«, betonte Castillo in seiner Antrittsrede vor dem peruanischen Kongress. Mit weißem Sombrero und Jackett im Stile des bolivianischen Expräsidenten Evo Morales wandte er sich an das Publikum. Zu der offiziellen Zeremonie waren sämtliche Staatsschefs aus der Region angereist, unter anderem der Präsident Argentiniens, Alberto Fernández, und sein Amtskollege aus Bolivien, Luis Arce. Besonderer Ehrengast war Spaniens König Philipp VI., der sich anhören musste, wie der frischgeklärte Staatsoberhaupt bereits zu Beginn seiner Rede sowohl auf die jahrtausendealten andinen Hochkulturen als auch deren Zerstörung durch die spanischen Konquistadoren einging. »Kashkaniracmi! Wir existieren immer noch!« betonte der Sozialist.

Ausführlich kritisierte der 51jährige die Ungerechtigkeiten und den Rassismus im Land und nahm dabei auch Bezug auf seine eigene Herkunft als



Perus neuer Präsident Castillo will »für das Volk und mit dem Volk regieren« (Chiclayo, 27.4.2021)

andiner Kleinbauer: »Ich möchte, dass Sie wissen, dass der Stolz und der Schmerz des tiefen Perus durch meine Adern fließen.« Die Geschichte des Landes, die so lange totgeschwiegen worden sei, sei auch seine Geschichte. Scharf attackierte Castillo das seit den 90er Jahren fest verankerte neoliberale Wirtschaftsmodell, das große Teile der Bevölkerung zurückgelassen habe. In seiner Regierungszeit werde er dieses »verantwortungsvoll« reformieren. »Wir wollen ein wohlhabenderes, ein gerechteres Land schaffen.« Dazu solle auch eine neue, plurinationale Verfassung nach dem Vorbild des Nachbarlands Bolivien etabliert werden.

Ein symbolischer Paukenschlag war die Ankündigung des Präsidenten, das Land nicht vom traditionellen Amtssitz des peruanischen Staatsoberhauptes, dem »Haus von Pizarro« (der Spanier Francisco Pizarro gilt als Eroberer des heutigen Peru), leiten zu wollen. Der imposante Bau im Zentrum von Lima soll statt dessen zu einem Museum umfunktioniert werden.

Dem Amtsantritt des Linken war ein wochenlanges Ringen um das Wahlergebnis vorangegangen: Keiko Fujimori, Tochter des Diktators Alberto Fujimori (1990–2000), die in ihrer Kampagne auf antikommunistische Hetze und rassistische Ressentiments gesetzt

hatte, verlor die Stichwahl am 6. Juni knapp. Dennoch versuchte sie, deren Ergebnis juristisch zu kippen. Dabei schreckten ihre Verbündeten auch nicht vor offenen Putschaufrufen und Versuchen, Mitglieder des Wahlgerichts zu bestechen, zurück. Zuletzt hatten einschlägige ultrarechte Gruppierungen und Fujimori-Sympathisanten am 14. Juli versucht, den Präsidentenpalast in Lima zu stürmen, um die Annullierung des Wahlergebnisses zu erzwingen. Erst am Montag der vergangenen Woche – sechs Wochen nach der zweiten Runde – erklärte das Oberste Nationale Wahlgericht (JNE) Castillo zum Sieger. ■ Siehe Seite 7

Mittelmeer: Dutzende Flüchtlinge gerettet



Rom. Die privaten Seenotretter der spanischen Organisation Open Arms haben mehr als 150 Menschen im zentralen Mittelmeer aus Seenot gerettet. Die Crew der Segeljacht »Astral« habe die Menschen in mehreren Einsätzen vor der italienischen Insel Lampedusa in Sicherheit gebracht, wurde von der Organisation am Donnerstag per Twitter mitgeteilt. Zuletzt meldeten die Behörden in Malta, Dutzende Flüchtlinge in ihren Gewässern in Sicherheit gebracht zu haben. Das maltesische Militär brachte sie in das EU-Land, wo sie nun auf die Entscheidung über ihren Asylantrag warten. Seit dieser Woche operiert auch die in Berlin ansässige Organisation Sea-Watch mit der »Sea-Watch 3« wieder im zentralen Mittelmeer. Auch die »Ocean Viking« von SOS Méditerranée suchte in dieser Woche wieder nach in Not geratenen Bootsflüchtlingen im Mittelmeer. (dpa/W)

Bayer: Weitere Milliarden für US-Glyphosatstreit

Leverkusen. Der Pharma- und Agrarchemie-Riese Bayer legt im Glyphosatstreit in den USA weitere Milliarden zur Seite. Für das zweite Quartal 2021 werde eine zusätzliche Rückstellung in Höhe von brutto 4,5 Milliarden US-Dollar (3,8 Milliarden Euro) vor Steuern und Abzinsung gebildet, teilte der Dax-Konzern am Donnerstag mit. Zudem kündigte Bayer an, das angesichts zehntausender Klagen wegen wahrscheinlicher Krebsrisiken im Mittelpunkt der Rechtskonflikte in den USA stehende Pflanzengift Glyphosat vom Jahr 2023 an nicht mehr in Produkten für Privatkunden einzusetzen. Mit den milliardenschweren Rückstellungen will sich Bayer absichern, falls das oberste US-Gericht einen wegweisenden Glyphosatfall entweder nicht zur Verhandlung annehme oder im Sinne der Kläger urteile. Der Chemiekonzern versucht seit Jahren, einen Schlussstrich unter den Skandal zu ziehen. (dpa/W)

NATO trainiert afghanische Kräfte in Türkei

Nach Ende von Ausbildung am Hindukusch neuer Einsatz im Ausland gestartet

Die NATO hat kurz nach Beendigung ihres Ausbildungseinsatzes in Afghanistan das erste Trainingsprogramm für afghanische Soldaten im Ausland gestartet. Nach Informationen der Deutschen Presseagentur wurden afghanische Spezialkräfte am Mittwochabend für einen Lehrgang in die Türkei ausgeflogen. Von nun an sollen derartige Ausbildungsprogramme außerhalb Afghanistans regelmäßig durchgeführt werden.

Ein Sprecher des Kriegs Bündnisses in Brüssel bestätigte der dpa den Beginn des Trainingsprogramms, wollte

sich aber aus Sicherheitsgründen nicht zum Ort und weiteren Details äußern. Ob sich auch die Bundeswehr am Training afghanischer Spezialkräfte beteiligen wird, ist zwar noch unklar, wird nach Angaben aus Regierungskreisen vom Donnerstag jedoch nicht ausgeschlossen. Bevor darüber entschieden wird, soll abgewartet werden, ob das neue Ausbildungskonzept funktioniert, heißt es.

Im Mai begannen die USA ihren Truppenabzug, der bis 31. August beendet werden soll und nach eigenen Angaben mittlerweile zu 95 Prozent

abgeschlossen sei. Die letzten Bundeswehr-Truppen verließen Ende Juni das Land. Nach mehreren Offensiven in den vergangenen Wochen kontrollieren die militant-islamistischen Taliban wieder knapp mehr als die Hälfte der 421 afghanischen Bezirke, Teile zentraler Überlandstraßen sowie mehrere für den Handel wichtige Grenzübergänge nach Pakistan, Iran, Tadschikistan und Turkmenistan.

Die afghanische Luftwaffe ist im Dauereinsatz. Bereits im Juni sei die Einsatzbereitschaft von fünf der insgesamt sieben Flugzeugtypen teils

signifikant gesunken, heißt es in einem am Donnerstag veröffentlichten Bericht des US-Generalinspektors für den Wiederaufbau in Afghanistan (SIGAR). Ähnlich geht es den Spezialkräften. Aus Militärkreisen heißt es, man bereite sich darauf vor, in wenigen Monaten nur noch die Städte zu verteidigen. Die USA flogen in den vergangenen Tagen nun wieder verstärkt Luftangriffe zur Unterstützung der afghanischen Kräfte. Die dafür eingesetzten Maschinen steigen mittlerweile außerhalb Afghanistans auf. (dpa/W)

■ Siehe Kommentar Seite 8

jW wird herausgegeben von 2.567 Genossinnen und Genossen (Stand 23.7.2021)
www.jungewelt.de/lpg

